

## Der internationale Frauentag am 08.03.2021

Wertes Präsidium, liebe Kolleg:innen,

Der internationale Frauentag ist ein Welttag, der am 8. März begangen wird. Auf Initiative von sozialistischen Parteien und Organisationen wurde im Kampf um Gleichberechtigung, das Wahlrecht und um die Emanzipation von Arbeiterinnen 1911 der erste Frauentag durchgeführt. Auch 110 Jahre später gibt es viele und gute Gründe, am 8.März auf die Straße zu gehen und gleiche Rechte für Frauen einzufordern.

2020 lautete das Motto des Weltfrauentages „Ich bin Generation Gleichberechtigung: Frauenrechte verwirklichen“ und für dieses Jahr ist das Motto: „Frauen in Führungspositionen, für einen ebenbürtige Zukunft in einer COVID-19-Welt“ und ich ergänze für eine ebenbürtige Zukunft auch in Bergedorf. Die Benachteiligungen von Frauen wirken sich bis heute in vielen Bereichen aus, auch hier in Bergedorf. So gibt es nach wie vor Benachteiligungen im Bereich Lohn.

Der Gender-Pay-Gap, zu Deutsch das geschlechtsspezifische Lohngefälle, beschreibt den Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern. Im Dezember 2020 teilte das Statistische Bundesamt mit, dass der unbereinigte Gender-Pay-Gap bei rund 19 Prozent gelegen hat. Das hat bei Ehepaaren natürlich immer auch mit der gewählten Steuerklasse zu tun. Der bereinigte Gender-Pay-Gap, bei dem strukturelle Unterschiede wie Ausbildung, Beruf und Qualifizierung heraus gerechnet werden, liegt bei 2 bis 7 Prozent. Zynisch wäre es, wenn ich jetzt sage, dass als Ausgleich Frauen ein erhebliches Mehr an meist unbezahlter Sorge- und Pflegearbeit leisten dürfen. Immer noch sind 76 Prozent der in sozialen und in den Pflegeberufen Beschäftigten Frauen. Wir alle wissen, welche starken Belastungen durch die Corona-Pandemie gerade in diesen Bereichen für Frauen und Männer entstanden sind.

Auch wenn mittlerweile sehr viele Frauen eine Ausbildung oder ein Studium erfolgreich absolvieren, arbeiten nach wie vor viele Frauen im Niedriglohnssektor. Sie haben befristete Verträge, arbeiten bei Zeitarbeitsunternehmen oder als Scheinselbständige etc. Zudem übernehmen Frauen auch im häuslichen Umfeld primär die unbezahlte Pflege und Betreuungsarbeit. Die Verfestigung alter

Rollenbilder und Geschlechterstereotypen während der Corona-Pandemie zeigt sich in einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung. Frauen übernehmen überproportional sowohl die Hausarbeit, die Kinderbetreuung, das Homeschooling und das eigene Homeoffice. Nach einer Studie der UN übernehmen Frauen im Vergleich mit Männern etwa das Dreifache der unbezahlten Sorgearbeit. Wir alle wissen, welche starken Belastungen jetzt in der Corona Zeit Männer und Frauen im Pflegebereich Stand halten müssen.

Zu den besonderen Belastungen im Bereich Lohn gehören in den Zeiten der Corona-Pandemie auch, dass Beschäftigungsbereiche wie in der Gastronomie und im Verkauf, in denen überproportional Frauen gearbeitet haben, fast vollständig entfallen sind. Die Menschen befinden sich aktuell in Kurzarbeit oder der bezahlte Minijob, der keinerlei Ansprüche auf Arbeitslosengeld beinhaltet, ist ersatzlos weggefallen ist. Damit ist für viele Familie die wirtschaftliche Existenz akut gefährdet. Hinzu kommt, dass das Schul- oder Kindergartenessen während der Corona-Pandemie entfällt. Auch dadurch haben viele Familien und Alleinerziehende die wirtschaftlichen Probleme. Wegen der Vielzahl dieser Schwierigkeiten fordern wir als die LINKE eine Erhöhung der Regelsätze um 100 Euro.

Ein weiterer Problembereich ist im häuslichen Bereich zu finden. Dass es in diesen schwierigen Situationen zu erheblichen familiären Notsituationen und häuslicher Gewalt kommt, kann m. E. niemanden überraschen. Wenn Frauen Gewalt erleben, dann sehr oft als Gewalt durch den Partner, den Ehemann und den Expartner. Die Hamburger Frauenhäuser sind –auch mit einem neuen Frauenhaus im letzten Jahr- nach wie vor chronisch überlastet. Chronisch überlastet heißt auch immer wieder Aufnahmestopp in den Frauenhäusern. Wegen des fehlenden preiswerten Wohnraums besonders in Hamburg können Frauen mit ihren Kindern die Frauenhäuser oft erst Monate nach der Notsituation wieder verlassen. Ausreichende digitale zusätzliche Beratungsmöglichkeiten durch die Frauenhäuser für Frauen fehlen.

2020 gab es in Hamburg-Lurup einen Tötungsversuch an einer Frau und an ihren beiden Kindern, dieser Fall wird aktuell vor Gericht verhandelt. Wir nennen diese Fälle Femizide, weil in diesen Fällen ein Partner oder ein Expartner den Trennungswunsch als unerträgliche Kränkung seiner Person erlebt. In dieser Krise, die auch Monate nach einer Trennung noch besteht, wird die Tötung der Frau oft als einzig möglicher Ausweg von dem Täter erlebt. Diese Fälle sind keine

Einzelfälle, sondern ein strukturelles Problem. Die vorherrschende Vorstellung von Männlichkeit ist für Frauen nicht nur toxisch, sondern für die betroffenen Frauen oft tödlich. Unsere Gesellschaft braucht dringend neue Rollenbilder und Täterarbeit für die betroffenen Männer.

Ein weiterer Bereich, in der die Diskriminierung von Frauen feststellbar ist, erfolgt auf dem Wohnungsmarkt. Auch hier in Bergedorf sind bezahlbare Wohnungen rar. Frauen mit einem geringen Einkommen bzw. mit dem Bezug von Grundsicherung haben bei freifinanzierten Wohnungen keine Chance, eine Wohnung anmieten zu können. Im Regelfall sind die Mieten zu hoch. Besonders gerne werden Indexmieten und Mietverträge mit einem zweijährigen Kündigungsausschluss vereinbart, die mit regelmäßigen Mietsteigerungen einher gehen. Städtische Vermieter wie die SAGA oder Wohnungsbaugenossenschaften bieten ab und an noch eine preiswerte Wohnung an. Allerdings gibt es einfach zu viele Interessent:innen für diese wenigen Wohnungen. Genau aus diesem Grund muss auch hier in Bergedorf das Angebot an Sozialwohnungen erhöht werden, der sogenannte Drittmix reicht nicht aus.

Die Fachstelle für Wohnungsnotfälle hier in Bergedorf kann ein Lied davon singen, wie schwer es ist, den Menschen, bei denen ein dringender Wohnungsbedarf anerkannter festgestellt wurde, diese mit bezahlbaren Wohnungen zu versorgen. 50 Prozent aller neu zu bauenden Wohnungen müssen als Sozialwohnungen gebaut werden, damit ausreichend preiswerte Wohnungen zur Verfügung stehen. Das Belegungsrecht des Wohnungsamtes muss dringend erhöht werden, damit eine „Entspannung am Wohnungsmarkt“ eintreten kann.

Wenn Familien ausländisch klingende Vor – oder Familiennamen haben, werden sie zu Wohnungsbesichtigungen oft erst nicht eingeladen. Diese Diskriminierungen wirken auch bei der Bewerbung um einen neuen Job oder um eine Lehrstelle. Ob Bewerber:innen fachlich tatsächlich geeignet sind oder nicht, interessiert oftmals nicht. Frauen und Männer mit einem ausländisch klingenden Namen werden zu Bewerbungsgesprächen erst gar nicht eingeladen. Aus gutem Grund wird in gewerkschafts- und politischen Kreisen immer wieder die anonyme Bewerbung vorgeschlagen, um diese Diskriminierungen zu reduzieren.